

Laibacher Zeitung.

Nr. 47.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5-60. Für die Zustellung ins Haus halbj. 60 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7-60.

Dienstag, 27. Februar.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 kr., größere pr. Zeile 6 kr.; bei öfteren Wiederholungen pr. Zeile 3 kr.

1877.

Mit 1. März

beginnt ein neues Abonnement auf die

„Laibacher Zeitung.“

Der Pränumerations-Preis beträgt für die Zeit vom 1. bis Ende März:

Mit Post unter Schleifen . . . 1 fl. 25 kr.
Für Laibach ins Haus zugestellt . . . 1 " —
Im Comptoir abgeholt . . . 92 "

Für die Zeit vom 1. März bis Ende Juni:

Mit Post unter Schleifen . . . 5 fl. — kr.
Für Laibach ins Haus zugestellt . . . 4 " —
Im Comptoir abgeholt . . . 3 " 68 "

Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 23. Februar d. J. dem Sectionschef im Justizministerium Theodor Freiherrn v. Sacken in Anerkennung seiner ausgezeichneten Dienste den Orden der eisernen Krone zweiter Klasse allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 23. Februar d. J. dem Ministerialrathe im Justizministerium Ernst v. Giuliani in Anerkennung seiner ausgezeichneten Dienste das Ritterkreuz des Leopold-Ordens allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 23. Februar d. J. dem Direktor des Haupt-Punzierungsamtes, Regierungsrathe Adolf Deimel, in Anerkennung seiner vorzüglichen Dienstleistung tatzfrei den Orden der eisernen Krone dritter Klasse allergnädigst zu verleihen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Die zweite Konferenz der Verfassungspartei.

Die zweite Gesamtkonferenz der drei verfassungstreuen Fractionen des Abgeordnetenhauses wegen Beantwortung der vom Ministerium bezüglich der Bank-Stipulationen vorgelegten Frage wurde Samstag vormittags um 11 Uhr eröffnet. Den Vorsitz in dieser Konferenz, welche von nahezu zweihundert Mitgliedern aller verfassungstreuen Klubs besucht war, führte Graf Coronini. Von den Ministern war, gemäß den Beschlüssen der Klubs, niemand erschienen. Bevor die Debatte eröffnet wurde, stellte Abgeordneter Fux in formeller Beziehung den Antrag, daß bezüglich des Abstimmungsmodus die Bestimmungen der Geschäftsordnung des Hauses anzuwenden seien. Dieser Antrag wurde mit geringer Majorität abgelehnt.

Hierauf ergriff Dr. Herbst das Wort, um folgende Resolution, welche als Antwort auf die von der Regierung vorgelegte Frage gegeben werden soll, zur Annahme vorzulegen:

„In Erwägung, daß nach der Erklärung der Regierung der Abschluß der Ausgleichsvorlagen vor Abgabe eines Votums der Verfassungspartei über die Zusammensetzung des Generalrathes der Bank nicht stattfinden kann,

und daß nach der weiteren bestimmten Erklärung der Regierung aus dem gewünschten Votum keinerlei Präjudiz für die Annahme, Amendierung oder Ablehnung der sämtlichen anderen Bestimmungen des Bankstatutes und aller anderen Punkte des Ausgleiches gefolgert werden soll und darf:

erklärt die Verfassungspartei, daß sie, indem sie sich das vollste freie Votum über die auf den Ausgleich Bezug nehmenden Vorlagen und die einzelnen Bestimmungen des Bankstatutes ausdrücklich vorbehält und insbesondere die Frage über die Art der Bestellung der Vizegouverneure als eine offene bezeichnet, im übrigen die von der Regierung mitgetheilte Zusammensetzung des Generalrathes an und für sich nicht unannehmbar betrachte.“

Der Gegenantrag des Abg. Dr. Schaub lautete: „Da in der von der Regierung vorgelegten Art der Zusammensetzung des Generalrathes jene Grundsätze, wenn auch in abgeschwächter Form, zum Ausdruck gelangen, welche die Partei in der am 3. Dezember 1876 abgehaltenen Sitzung als unannehmbar bezeichnete, und insbesondere durch die Ernennung der Vizegouverneure die Bank in eine unzulässige Abhängigkeit von der Regierung gedrängt wird, erklärt die Verfassungspartei den Vorschlag der Regierung über die Zusammensetzung des Generalrathes für unannehmbar.“

Nachdem Dr. Breitel für den Antrag Herbst, Dr. Heilsberg gegen denselben gesprochen, erhielt das Wort der Abg. Dr. Klier. Derselbe erklärte, daß er eigentlich für die Ablehnung wäre, hielt es aber bei dem Vorbehalte des freien Votums bezüglich des Bankstatutes für klüger, das Zustandekommen der Vorlage vorläufig zu ermöglichen. Den Herbst'schen Antrag hielt er bei Aufrechterhaltung der Ernennungsfrage der Vizegouverneure für ungefährlich. Er stimmte für den Antrag des Abg. Dr. Herbst, nicht aus Furcht vor der Kabinettsfrage, sondern weil er der Partei das freie Votum über das Bankstatut und alle anderen Theile des Ausgleiches offen hält. Die Gewährung eines begrenzten Einflusses auf die Bank involviere nicht deren Auslieferung an Ungarn, sondern sei nur ein Äquivalent für die von

Ungarn zugestandene Einheit der Note. Die Ermöglichung der Einbringung der Vorlage sollte denn doch nicht verhindert werden, und die politischen und wirtschaftlichen Folgen der unbedingten Ablehnung würden in jeder Beziehung so unberechenbar sein, daß er nicht die Verantwortung übernehmen kann, selbe herbeiführen zu helfen. Redner erklärt, für den ihm jetzt genügenden Antrag Herbst stimmen zu wollen.

Abg. Baron Zschok berief sich auf eine vom Abg. Dr. Eduard Sueß vor seinen Wählern im Mai 1876 gehaltene Rede, worin derselbe vor Gewährung eines Regierungseinflusses auf die Bank warnte. Redner fürchtet nicht eine Regierungskrise und stimmt für Schaub.

Abg. Dr. Eduard Sueß ergänzte die Citation seiner Rede dahin, daß er damals sagte, daß die Trennung der Monarchie in zwei Hälften die Monarchie bei der ersten rascheren Bewegung auseinander sprengen müsse, wie einen Mühlstein, in welchen ein Keil getrieben ist, und davon nehme er kein Wort zurück. (Bravo!) Jetzt handle es sich darum, die beiden Reichstheile nicht auseinander zu sprengen, und indem wir dies verhindern, können wir sagen: „In unserem Lager ist Oesterreich!“ Die Oppositionsparteien können jedes Votum ablehnen, denn sie wollen die Regierung, unser System und uns selbst vernichten; allein wir haben positive Ziele, wir wollen das Reich erhalten; — jene aber, welche eine Krise hervorrufen wollen, wollen uns verleiten, eine Bahn der Abenteuer zu betreten. (Lebhafte Zustimmung.) Redner erklärt, daß er sich an die Seite der Minister stelle, weil er wolle, daß wir den Ungarn gegenüber in einer solchen Frage geeinigt dastehen.

Die Bankfrage sei es nicht allein, um welche es sich jetzt handle; es handelte, sich um eine viel größere Frage (Zustimmung), und wenn sogar in dieser Versammlung sich andere Tendenzen geltend machen wollen (Widerspruch aus den Reihen der Fortschrittspartei), so müsse er selbe bekämpfen. Redner erinnerte daran, daß er die Regierung wiederholt aufs schärfste getadelt habe und für ihre Fehler nicht blind war. Allein heute, in dieser so beispiellos wichtigen und schwierigen Situation, müsse er mit vollster Kraft die Regierung unterstützen und werde es thun. (Aushängender Beifall und Händeklatschen.)

Hierauf wurde beschlossen, daß unter Vorbehalt des bereits zum Worte zugelassenen Dr. Hanisch noch zwei Generalredner und die Antragsteller das Wort erhalten sollen.

Abg. Dr. Hanisch erklärte, daß, nachdem er im Jahre 1867 gegen den Ausgleich stimmte, er jetzt für den Antrag Schaub stimmen müsse.

Die für den Antrag Herbst eingeschriebenen Redner wählten zum Generalredner den Abg. Freih. v. Tinti, die für den Antrag Schaub eingeschriebenen den Abg. Dr. Kopp.

Feuilleton.

Das Volksschulwesen in Oesterreich mit Schluß des Schuljahres 1875.

(Fortsetzung.)

Schulgebäude, Schuleinrichtungen und Lehrmittel.

Der größte Theil der Schulgebäude der öffentlichen Volksschulen, nämlich 93-3 Prozent, bestand im Schuljahre 1875 aus eigenen, zu Unterrichtszwecken erbauten oder hiezu adaptierten Gebäuden.

Böhmen hatte die größte Zahl eigener Schulgebäude, ihm nahe kamen Mähren, Schlesien, Nieder- und Oesterreich. Die höchste Zahl gemieteter Schulgebäude (70 Prozent) fand sich in Dalmazien.

Aus den Erhebungen hinsichtlich der Schuleinrichtungen und Lehrmittel läßt sich wenigstens so viel entnehmen, daß dieselben ziemlich ausreichend waren, und nur Krain, Vorarlberg und Galizien stehen in dieser Beziehung hinter den anderen Ländern zurück.

An 69 Prozent der sämtlichen Volksschulen bestanden schon Schulbibliotheken, wenngleich meist von sehr bescheidenem Umfange, während mit genügenden Vorrichtungen für den Turnunterricht noch kaum der fünfte Theil der Schulen versehen war. Am meisten war in letzterer Beziehung in Schlesien und Mähren geschehen.

Der variable Kostenaufwand für Schulbauten, Schuleinrichtungen, Schulheizung, Lehr- und Vermittel so wie für sonstige sachliche Schulerfordernisse wurde bisher nicht erhoben, wenn aber die hiefür nöthigen Summen mit dem oben angeführten Kostenaufwande für die Lehrerbezüge zusammengehalten werden, läßt sich ermessen, welche enorme Summen die Bevölkerung für die Volksschulen in dem gegenwärtigen Bestande schon aufzubringen hat und welche weiteren Anstrengungen noch erforderlich sind, um das Volksschulwesen im Sinne der neuen Volksschulgesetze seiner weiteren Entwicklung und Vervollkommenung zuzuführen. Daß dabei mit größter Sparsamkeit und zur Schonung der Steuerkraft einer schon schwer belasteten Bevölkerung mit Vermeidung jedes Luxus vorzugehen sei, liegt am Tage.

Taubstumme und blinde Kinder.

Bei der Conscription der Volksschulen pro 1875 wurden zum erstenmale auch die vorhandenen taubstummen und blinden Kinder schulpflichtigen Alters eingehender erhoben. Das Resultat war wegen der damit verbundenen Schwierigkeit ungenügend, aber doch vollständiger, als dies durch besondere Erhebungen in früherer Zeit erreicht werden konnte. Es ergab 2721 taubstumme und 761 blinde Kinder schulpflichtigen Alters, während in den bestehenden Taubstummen- und Blindeninstituten nur 901, beziehungsweise 233 solche Kinder untergebracht waren.

Geschäftsführung der k. k. Bezirks-schulräthe.

Bezirkschulraths-Sitzungen wurden im Jahre 1876 abgehalten in:

Kärnten	mit 8 Bezirkschulräthen	84
Krain	12	93
Schlesien	10	94
Bukowina	9	66
Steiermark	67	693
Vorarlberg	3	17
Niederösterreich	21	235
Oberösterreich	14	159
Salzburg	5	49
Styrien	6	46
Görz-Gradiska	5	40
Galizien	22	206
Mähren	37	388
Böhmen	115	1042
Dalmazien	12	80

(Die große Zahl der steiermärkischen Bezirkschulräthe erklärt sich dadurch, daß in diesem Lande die Schulbezirke gesetzlich nicht mit den politischen, sondern mit den Bezirken der Bezirksvertretungen zusammenfallen. In Tirol und Triest sind Bezirkschulräthe noch nicht gesetzlich organisiert.)

Die Zahl der schriftlichen Geschäftsstücke der sämtlichen Bezirkschulräthe betrug in

Kärnten	10,302
Krain	9,395
Tirol	11,375
Schlesien	8,997
Bukowina	5,864
Steiermark	26,877

(bei den Bezirkshauptmannschaften in Schulsachen)

Bevor das Wort den Generalrednern erteilt wurde, erhielt der als Redner für den Antrag Herbst eingetragene Abg. Neuwirth das Wort zu folgender Erklärung: Mit Rücksicht auf die Begründung, welche der verehrte Antragsteller im Punkte der Ernennung der Vizegouverneure angeführt hat, wünsche ich in meinem Namen und im Namen einer Anzahl von Mitgliedern dieser Versammlung zu betonen, daß wir im Gegensatz zu jener Begründung der Meinung sind und der bestimmten Hoffnung Ausdruck geben, es werde eine Ernennung der Vizegouverneure der künftigen Bank niemals platzgreifen. (Zustimmung.)

Ich bitte weiter konstatieren zu dürfen, daß ich mein bejahendes Votum in der Voraussetzung abgebe, es werde fortan und bis zum Abschlusse der Ausgleichsaktion der Verfassungspartei eine Situation wie die heutige (Stellung der Kabinettsfrage u. s. w.) nicht weiter bereitet werden, und daß dies speziell bei Lösung der handelspolitischen Seite des Ausgleiches nicht der Fall sein werde.

Abg. Freih. v. Tinti erklärte, daß er die zitierte Äußerung des „Ellenör“, daß die ungarischen Kreise aus der Ernennung der Vizegouverneure keine essentielle Frage machen, nicht für bare Münze nehme. Er lasse sich nur durch die Erwägung leiten, daß es im Interesse der Verfassungspartei gelegen sei, eine Krisis außer dem Falle der dringendsten Nothwendigkeit nicht heraufzubeschwören. Heute, wo die Vorlagen noch nicht da sind, sollen wir ohne weiters die Krisis heraufzubeschwören? Es handelt sich jetzt darum, die Vorlagen zu ermöglichen, und dann haben wir ja freie Hand und können dieselben würdigen. Die Möglichkeit, daß die Vorlagen gemacht werden, womit sie ja nicht angenommen sind, dürfen wir nicht verhindern. Redner findet, daß von einer Parität keine Rede sei; allein die Parität betreffs der staatlichen Ueberwachung müsse billigerweise gewährt werden und sei noch keineswegs ein schädlicher Regierungseinfluß.

In Oesterreich habe die Verfassungspartei die Aufgabe, die Verfassung als solche zu schützen. Darum müsse sie in solchen schweren Zeiten alle Nuancen vergessen, jede Spaltung vermeiden, weil sie sonst vielleicht morgen nicht mehr besteht. Er richtet einen Appell an die Partei, einig zu sein und sich machtvoll um die Regierung zu scharen. (Beifall.)

Abg. Dr. Kopp meinte, daß die Ansichten und Standpunkte inbetreff der gegenwärtigen Frage stündlich wechseln, weil über die Frage Unklarheit herrsche. Redner bezeichnete die Frage nicht als eine politische, sondern als eine wirtschaftliche. Allein man wolle, daß die Abgeordneten auf eine wirtschaftliche Frage, von politischen Erwägungen geleitet, eine Antwort geben. Er tabelte, daß man sich bei der Beantwortung reservieren könne, daß man hinterdrein das Ganze ablehnen werde. Das Essentielle sei die Ernennung der Vizegouverneure. Abg. Dr. Brestel habe selbe als unerlässlich erklärt. Redner hält die Frage für ein Hinüberschlüpfen über die Situation, mit der er sich am Ende einverstanden erklären könnte. Er verteidigte den Antrag Schaup gegen den Vorwurf der reinen Negation und fragte, warum denn die in Aussicht gestellten üblen Folgen der Ablehnung eintreten sollen? Redner hält die Ablehnung für loyal, als die Bejahung mit Mentalreservation und die künftige Stellung unserer Reichshälfte, wenn auch um ein Geringses, für ungünstiger und mehrbelastet als früher. Redner wird jenen, welche für den Antrag Herbst stimmen, die bona fides nicht absprechen und auch er habe bereits früher zur Einigkeit gemahnt. Er glaubt, daß sogar, wenn wir bejahen, doch die Krisis eintreift, weil die Bejahung nicht unbedingt ist, und ersucht, für den Antrag Schaup zu stimmen.

Abg. Friedrich Sueß begründet seinen Antrag, dem Antrage Herbst beizufügen, daß die Vizegouverneure unter allen Umständen gewählt und nicht ernannt werden.

Abg. Dr. Herbst erklärte, daß von einer Mehrbelastung bei dieser Frage keine Rede sein könne. Ungarn mache eine Leistung, die es früher nicht machte: das Bankprivilegium und Notenprivilegium und den Zwangskurs gibt Ungarn heute, und da es ein so wichtiges Hoheitsrecht gibt, so muß ihm doch aus Billigkeit etwas dafür gegeben werden. Die minimale Vertretung Ungarns in der Bank ist doch kein so exorbitantes Äquivalent für die Gewährung des Bankprivilegiums.

Redner weist aus dem Wortlaute seines Antrages nach, daß derselbe die positive Erklärung dessen enthält, wozu sich die Verfassungspartei als Entgelt für das Zettelpriilegium und die Einheit der Note in Ungarn herbeilassen könne. Die Bemerkung Dr. Kopp's, daß, wenn man Ungarn einen Einfluß gewähre, man ja auch Galizien ein solches Zugeständnis machen sollte, widerlegte Redner damit, daß Ungarn durch seinen legislativen Körper das Bankprivilegium gewähre und daher gar keine Analogie zwischen Galizien als einem Theile und Ungarn als einem Ganzen bestehe. Von einer Mentalreservation könne keine Rede sein, sondern es werde bezüglich der anderen Punkte reichliche Erwägung vorbehalten. Redner wies nach, daß der vielzitierte Artikel des „Ellenör“ ganz unrichtig und daß von einem Schiedsgerichte zwischen Generalrath und Direction in den Statuten keine Rede sei. Das Schiedsgericht bestehe für ganz andere Fälle. Auch die Angabe des „Ellenör“ wegen der Beamtenernennungen sei ganz unrichtig. Von einer Contingentierung sei gar keine Rede.

Der Redner wies ferner nach, daß Abgeordneter Dr. Schaup von ganz unrichtigen Voraussetzungen ausgeht, Begriffe verwechselte, und bemerkte, daß die Nationalbank wirklich mit den Filialenerrichtungen zu karg sei. Bisher wurde Ungarn mit 48.140.000 fl. dotiert, und jetzt habe man 50 Millionen bestimmt, obwohl Ungarn 60 Millionen verlangte. Die Nationalbank habe nach jahrelangem Drängen 24 Filialen errichtet, während die deutsche Reichsbank 200 Filialen errichtete. Redner empfahl daher seinen Antrag als ganz angemessen und unpräjudizierbar. Den Antrag Friedrich Sueß, daß die Vizegouverneure von der Bankdirection gewählt werden, bezeichnet er als nicht annehmbar.

Eine Kabinettsfrage bestimme ihn durchaus nicht. Er sage nicht, daß keine Krise kommen werde, allein wegen dieser Frage und im jetzigen Momente die Sache scheitern zu machen, könne er nicht verantworten, da ja alle Redner erklären, sie meinen, die Punkte seien nicht von vitaler Wichtigkeit. Er habe große Krisen durchgemacht, doch damals habe es sich um wichtige, allgemein verständliche Prinzipien gehandelt. Allein die Einbringung der Vorlagen unmöglich machen, sei nicht zu verantworten. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Schaup verteidigte nochmals seinen Antrag, zitierte Stellen aus der Rede des Abgeordneten Dr. Ed. Sueß im Abgeordnetenhaus in der Budgetdebatte, um darzutun, daß die jetzige Regierung neue Vorlagen in der Ausgleichsfrage nicht bringen dürfe. Schließlich sagte er, daß den Abgeordneten zugemutet werde, gegen ihre bessere Ueberzeugung ein Votum abzugeben. (Widerspruch rechts, Beifall links.)

Obmann Graf Coronini schritt hierauf zur Abstimmung.

Ueber dieselbe entwickelte sich eine längere Debatte, als deren Resultat über Antrag der Abgeordneten Dr. Granitsch, beziehungsweise Fux, namentliche Abstimmung, und zwar zuerst über den Antrag Dr. Herbst beschloffen wurde. Bei derselben wurde, wie schon eingangs erwähnt, der Antrag Dr. Herbst mit 122 gegen 63 Stimmen angenommen.

Aus dem englischen Parlamente.

Nachdem mehrere Tage hindurch das englische Unterhaus den Löwenanteil der Arbeiten genommen, während das Oberhaus sich auf kurze, kaum mehr als formelle Sitzungen beschränkte, war am 20. d. an letzterem die Reihe, durch eine Debatte über die brennende Frage des Tages das Hauptinteresse auf sich zu ziehen. Eingeleitet wurde die Sitzung mit einer Interpellation des Herzogs von Argyll, der unter Bezugnahme auf die im Blaubuche mitgetheilten Instruktionen Lord Salisbury's die Regierung fragt, ob sie weitere Maßregeln zur Erreichung der in jenen Instruktionen aufgestellten Ziele ins Auge gefaßt habe. Diese Ziele seien Sicherung innerer Reformen für die Türkei und des Friedens für Europa. Keines von beiden sei erreicht worden und der Herzog meint, die jetzige Zeit sei sehr passend für die Peers, die Ursachen des Fehlschlagens zu ergründen. Seiner Ansicht nach seien die hauptsächlichsten Ursachen die unselige Politik, welche die Regierung bis zum Herbst befolgt habe, und ihre spätere furchtame, halbherzige Ausführung der ihr durch die öffentliche Meinung aufgezwungenen Politik. Der Fragesteller unterzieht dann die einzelnen Phasen der Regierungspolitik einer tadelnden Kritik, sich nur dahin mit dem Premier-

minister einverstanden erklärend, daß Europa ein Recht habe, zu sagen, Rußland dürfe keine Schritte thun, die es zum alleinigen Erben des türkischen Reiches machen würden. Auch am Vorgehen Englands auf der Konferenz hat der Herzog dieselbe Halbherzigkeit zu tadeln. Die Ausschließung der Türkei von der Vorkonferenz habe zwar den Stolz der Türken beleidigt, im Blaubuche finde sich aber ein Telegramm an Lord Derby, des Inhaltes, daß der Großvezier dem edlen Lord seine Dankbarkeit für seine Mittheilung ausdrücke und sich mehr als je auf die Unterstützung Englands verlaßt. Zu jener Zeit habe die Konferenz bereits begonnen und die Pforte habe gewußt, was für Forderungen die Mächte stellten. Die „angezogene Mittheilung“ müsse deshalb die gewesen sein, daß die Türkei von England nicht zur Annahme der Konferenzvorschlüge genöthigt werden würde. Falls das Gemeinwohl nicht dadurch gefährdet würde, sei es seine Absicht, die Vorlage der im Telegramme angezogenen Mittheilung zu beantragen.

Der Minister des Aeußern Lord Derby leugnet die Erfolglosigkeit der Konferenz wie auch einen Wechsel der Regierungspolitik. Die Regierung habe nur ihr Verhalten den veränderten Umständen von Schritt zu Schritt angepaßt. Als ein europäischer Krieg drohte, habe sie zweifelsohne mancherlei gethan und gebilligt, was nicht geschehen wäre, wenn es sich um nichts anderes gehandelt hätte, als um die Unterdrückung eines geringfügigen Aufstandes. Der Minister bestreitet auch, daß beim Ausbruch der Unruhen in der Herzegovina die Regierung die Partei des Unterdrückten gegen die Unterdrückten ergriffen habe. Es könne nicht bestritten werden, daß Rußland, wenn es auch formell mit der Türkei im Frieden gewesen wäre, doch durch Serbien Krieg geführt hätte und daß deshalb Serbiens Niederlagen auch die seinigen gewesen. Es sei deshalb zu verhindern gewesen, daß die Volksstimmung hierüber in Rußland nicht zu sehr aufgeregt werde. Die bulgarischen Greuel — erklärt der Minister — hätten zwar einigen Einfluß auf die Regierung ausgeübt, aber nur einen sekundären. Entschieden erklärt er sich gegen eine Politik des Zwanges gegenüber der Türkei, da Zwang Krieg bedeute und da Krieg gefahrdrohend für Europa sei.

Im Laufe der nun folgenden Debatte rechtfertigte der Herzog von Westminster seine Theilnahme und seinen Vorsitz in der „Nationalkonferenz“ in Sanct James-Hall, welche wirklich die öffentliche Meinung vertreten habe. Zur Erzielung eines Erfolges auf der Konferenz in Konstantinopel würde es nöthig gewesen sein, selbe mit der Macht von Zwangsmaßregeln zu bekleiden.

Der Earl of Kimberley, seinerzeit liberaler Minister und Botschafter in St. Petersburg nach dem Krim-Kriege, gibt zu, daß England die orientalische Frage gemäß seinen eigenen Interessen im Orient zu beurtheilen habe. Er hat an der Regierung im weitestlichen nur zu tadeln, daß sie nicht früh genug, bereits bei Ausbruch des Aufstandes in der Herzegovina, die ganze Größe der drohenden Gefahr ermessen habe.

Der Marquis of Salisbury wendet sich gegen den Tadel des Herzogs von Argyll, daß die Regierung nicht mit Zwangsmaßregeln auf der Konferenz gedroht habe. Wie könne das geschehen? Selbst türkische Diplomaten hätten die Hohlheit solcher Drohung durchschauen müssen. England arbeite wie in einem gläsernen Bienenkorbe. Die jetzt vorhandenen Schwierigkeiten fähre der Minister auf die Politik während des Krimkrieges als auf ihren Ursprung zurück. Er wolle die damaligen Minister nicht für ihr Verfahren tadeln, aber die jetzigen ernteten, was jene gesäet, und hätten ein gut Theil Kränkung für jene zu tragen. Der Hauptfehler der gewesen, die Türkei gleichsam unter Oberaufsicht der sechs Mächte zu stellen, denn eine Sache der Gewissheit sei es gewesen, daß am selben Tage, wo die Ausführung dieser Befugnis von den sechs Mächten gefordert werde, die eine und die andere aus diesem und jenem Grunde ihre Mitwirkung versagen und damit die Inanspruchnahme der Bedingungen vereitelt werden würde. Lord Palmerston und seine Genossen hätten eben unter dem falschen Eindrucke gestanden, daß dieser vorgesehene Fall nicht eintreten würde, da die Türkei selbst die nothwendigen Reformen ausführen würde. Solcher Optimismus sei zwar damals verzeihlich gewesen, habe sich aber jetzt als unhaltbar erwiesen. „Lange und traurige Erfahrung hat gezeigt, daß die Türkei sich nicht selbst reformieren will.“ Jedenfalls seien für die Regierung indes die damals übernommenen Verbindlichkeiten bindend gewesen, um so sonderbarer sei der Angriff der liberalen Minister von damals, daß die jetzige Regierung die von ihnen namens des Landes übernommenen Verpflichtungen nicht unter die Füße treten wolle, sondern ihnen nachzukommen versucht habe. Obgleich es bald augenscheinlich geworden, daß die Beziehungen Englands zu der Türkei nicht länger unerschütterlich bleiben konnten, wäre es doch nicht zu billigen gewesen, wenn England rücksichtslos sich sofort feindlich zu seinem alten Verbündeten gestellt hätte. „Wir haben unser überliefertes Bündnis nicht ohne Zögern und ohne Bekümmerniß gelöst und halten noch immer an der Forderung fest, daß ein Wechsel in der Politik stattfindet, welcher jenes alte Bündnis wieder herstellt.“

Die Ablehnung der Konferenzvorschlüge durch die Türkei, findet Lord Salisbury, sei ein Missethum, das sich vielleicht nur als Folge der falschen Nachrichten über die Unfähigkeit Rußlands, ins Feld zu ziehen, er-

Vorarlberg . . .	1,971
Niederösterreich . .	30,855
Oberösterreich . . .	21,589
Salzburg	4,510
Styrien	3,201
Görz-Gradiska . . .	2,393
Galizien	44,408
Mähren	41,919
Böhmen	144,439
Dalmazien	6,511

Bezirkschulinspektoren zur unmittelbaren Ueberwachung der Schulen waren bestellt in

Kärnten	13
Krain	12
Tirol	26
Schlesien	3
Bukowina	10
Steiermark	24
Vorarlberg	3
Niederösterreich . .	25
Oberösterreich . . .	9
Salzburg	5
Styrien	5
Görz-Gradiska . . .	3
Galizien	22
Mähren	35
Böhmen	71
Dalmazien	11
Triest	1

(Schluß folgt.)

Tagesneuigkeiten.

— (Die pneumatischen Uhren in Wien.) Seit 23. d. ist Wien um eine Einrichtung reicher geworden, die einem längst gefühlten allgemeinen Bedürfnisse Rechnung trägt und so viel bedeutet als die glückliche Lösung eines Problems, das seit Jahren dem Gegenstand eifrigster Bestrebungen der Mechaniker geblieben hat, sowie ein Ziel, das zu erreichen den Kommunen von London, Paris, Berlin u. trotz aller Bemühungen bisher nicht gelungen ist: in voller Uebereinstimmung mit einander unabhängig von der Entfernung gehende, die genaue astronomische Zeit zeigende öffentliche und Privat-Uhren. Man hat sich bisher bekanntlich bei all diesen zweckstrebenden Versuchen der Elektricität bedient, einer Naturkraft also, die der Mensch trotz aller Fortschritte auf dem Gebiete der Naturwissenschaften noch nicht vollständig zu beherrschen gelernt hat und die überdies infolge von atmosphärischen Einflüssen nur zu oft vollends den Gehorsam zu kündigt pflegt. — Anstelle dieser unzuverlässigen Naturkraft kommt nun bei den öffentlichen Uhren in Wien gewöhnliche atmosphärische komprimierte Luft, welche, sowie das Leuchtgas, nach allen Punkten der Stadt in unterirdischen Röhren geleitet wird, mit denen auch die Uhren der öffentlichen Gebäude und Ämter, der Institute, Geschäftslokale, Gast- und Kaffeehäuser, Privatwohnungen u. in Verbindung gesetzt und hierdurch in vollkommene Uebereinstimmung gebracht werden können. Diese Uhren werden von einer im Zentrals der Gesellschaft, I. Bezirk, Wipplingerstraße Nr. 39, aufgestellten Normaluhr, die täglich durch direkte Leitung der k. k. Sternwarte eventuell reguliert wird, geleitet sein. Bis jetzt wurden von Seite der Gesellschaft ein Radelader, Kreuzungsplatz vor dem Schottenthore, mit drei Uhren, in der Herrngasse eine Uhr und am Gebäude der Zentrals zwei Uhren aufgestellt, und wird mit der Aufstellung eines Radeladers mit drei Uhren „Am Hof“ demnächst begonnen werden. Mit Genugthuung sei hier konstatiert, daß der Erfinder dieses neuen, aberaus sinnreichen Systems ein Oesterreicher ist, sowie daß es Oesterreicher sind, die ungeachtet der schwierigen Zeitverhältnisse genug Unternehmungslust, Thätigkeit und Ausdauer besaßen, dieses Werk ins Leben zu rufen. Der erstere ist der als Schinder des Wiener Lokal-Telegraphen bereits bekannte Ingenieur und Elektriker C. A. Mayrhofer, die letzteren sind die Herren Viktor Popp (Sohn des bekannten Hof-Zahnarztes J. G. Popp) und Ernst Resch, Chef der einzig in Oesterreich bei Ebnsee bestehenden Uhrenfabrik-Girma.

— (Musikalisches Ereignis.) Das am 16. März in Wien stattfindende Konzert zugunsten des Beethoven-Denkmal-Fonds wird, abgesehen von der Bedeutung, die ihm der Zweck verleiht, den es zu fördern bestimmt ist, zugleich ein denkwürdiges musikalisches Ereignis bilden, indem Franz Liszt bei dieser Gelegenheit seine öffentliche Laufbahn als Klavierspieler abschließt. Diesen Akt mit einer Huldigung zu verbinden, die er Beethoven darzubringen wünschte, war Liszts Absicht, und sie geht bei dieser Gelegenheit in Erfüllung. Franz Liszt wird zwei der großartigsten Werke Beethovens, das Oedur-Konzert und die Chorfantasie, spielen. Um dieses in seiner Art einzige Abschiedsfest möglichst allen Kreisen der Musikfreunde Wiens zugänglich zu machen, hat das dieses Konzert veranstaltende Denkmal-Comité die Eintrittspreise in den vielfachen Abstufungen festgesetzt.

— (Venezianische Nächte in Wien.) Ein Unternehmer ist beim Wiener Gemeinderathe um Bewilligung eingetreten, im Wienerfluße zwischen der Schwarzenberg- und Legethofsbrücke durch Stauung des Wassers und durch frischen Zulauf aus der Partwafferleitung eine Art von Gilmerteich herzustellen, dessen Ufer ringsumher mit Lichtballons und Gas beleuchtet werden sollen, während auf dem Wasser selbst Gondelfahrten mit Musik, Gesang und anderen Amusements stattfinden könnten. Die Unternehmer gehen in ihren kühnen Erwartungen so weit, den Wiewern „Venezianische Nächte“ in Aussicht zu stellen, eine Verwendung für das Wienerflüßchen, von der sich wol noch kein Projektant etwas träumen ließ.

Lokales.

Das Laibacher Moor.

Vor kurzem erschien eine Denkschrift über den Laibacher Morast vom Herrn L. L. Baurathe Franz Potocnik. Dieselbe enthält manchen guten Rathschlag, besonders für die technische Durchführung der völligen Entsumpfung, respective Entwässerung, und wäre die darin vorgeschlagene Richtung die einzige, welche den Zweck der vollkommenen Trockenlegung endlich nach fast 100jähriger Arbeit und nach Aufwendung von Millionen an Unkosten erreichen würde. Auch die Leipziger „Illustrierte Zeitung“ bringt in der Nummer 52 vom Jahre 1876 eine kurze Kritik über die genannte Denkschrift, in welcher sie sich über dieselbe in sehr anerkennender, für den Verfasser schmeichelhafter Weise ausspricht. Der Gesetzentwurf, betreffend die Kulturen des Laibacher Moorgrundes, dürfte keine dauernde Garantie fürs Besserwerden bieten, wenn nicht in erster Linie die fachliche Durchführung gewiegten technischen Autoritäten anvertraut und gleich ursprünglich statt zum Schmiedel zum Schmied gegriffen wird.

Was das Bedauern des Verfassers anbelangt, daß die sogenannte Infusorien-Erdschichte (Seite 73) keine Verwendung findet, so ist dasselbe ganz gerechtfertigt. Dieser Muschellehm oder, wie der Verfasser denselben ganz richtig als sogenannte Infusorienerde bezeichnet, ist in der Substanz ähnlich mit der Kieselgur (Infusorienerde, Bergmehl), welche in Lagern von großer Mächtigkeit in der Lüneburger Heide, bei Berlin, dann auch in Ungarn vorkommt und zu technischen Zwecken

verwendet wird, mit dem Bemerken, daß in der Laibacher Ablagerung auch mit dem Auge sichtbare gröbere Muschelschalen u. vorkommen.

Der Gefertigte hat schon im Jahre 1873 auf diese Ablagerung sein Augenmerk gerichtet, und da dieselbe der Kieselgur sehr ähnlich ist, welche zur Dynamiterzeugung bekanntlich höchst notwendig ist und ohne deren Zusage Dynamit nicht leicht transportabel gemacht werden kann, so hat derselbe mehrere Sorten dieser weißgrauen Infusorienerde, die sich zwischen der amorphen Torfschichte (respective der schwarzen humösen Erde) und dem blauen, grauen, gelben Thon (Tegel) eingebettet befindet, einer Dinamitfabrik nach Norddeutschland zur Untersuchung eingesendet. Das von der letzteren hierüber abgegebene Gutachten lautete dahin, daß unsere Laibacher weiße, im trockenen Zustande lichtgraue Infusorienerde wol zur Dynamiterzeugung verwendet werden kann, wenngleich dieselbe ob der Beimengung der gröberen Muschelschalen nicht so gut ist, wie jene Kieselgur der Lüneburger Heide. Zugleich fragte sich die Fabrik an, was der Zollentner hiervon loco Bahnhof Laibach kosten würde. Ebenso hat bereits vor vielen Jahren ein Ingenieur auf diese Infusorienerde zur Erzeugung von hydraulischem Kalk ein Privilegium genommen, ohne jedoch dasselbe bis jetzt benutzt zu haben.

Jedenfalls scheint dieses technisch werthvolle Material zu manchen anderen industriellen Zwecken verwendbar zu sein, wogegen diese Erdat für sich allein zum Feldbaue auf unserem Moraste nicht viel werth ist. Diese Laibacher Infusorienschichte hat nach der chemischen Analyse des Dr. Franz Ullrich (Seite 73) nachstehende Bestandtheile:

Untersuchung:	Nr. 1	Nr. 2
Kieselsäure	21.66	22.64
Thonerde	5.34	7.96
Kohlensaurer Kalk	58.48	55.51
Kohlensaure Magnesia	2.68	3.10
Kohlensaures Eisenoxidul	6.85	6.55
Schwefelsaurer Kalk	0.61	0.54
Phosphorsäure	0.43	0.50
Kali	1.14	1.12
Natron	0.56	0.59
Wasser und organische Substanz	2.20	1.81
Summe	99.95	100.32

Nebst obigen Bestandtheilen enthält diese Erdat noch unwägbare Spuren von Mangan und Lithion.

Da von diesem Materiale sich am Laibacher Moor hunderttausende von Kubikmetern befinden, die Gewinnung eine äußerst leichte ist und hiezu an Ort und Stelle Brennmaterial (Torf) zur Genüge sich befindet, so wären wol alle Momente für ein industrielles Unternehmen gegeben.

Laibach im Februar 1877.

Schollmayer.

— (To desfall.) Gestern abends starb in Laibach der hiesige geachtete Handelsmann und Hausbesitzer Herr Michael Smole in Folge eines vor wenigen Tagen erlittenen Schlaganfalls im Alter von 72 Jahren.

— (Venezianische Vorstellung.) Zum Vortheile unseres tüchtigen Opern- und Operetten-Sängers Herrn Mailer geht morgen eine Reprise der Nicolaischen Oper „Die lustigen Weiber von Windsor“ in Szene. Herr Mailer ist nächst der Directrice Frau Frißke die hervorragendste und verdienstlichste Stütze unserer Oper und Operette und hat sich im Verlaufe der Saison mit jeder neuen Rolle die Gunst des Publikums im erhöhten Maße erworben. Wir zweifeln daher nicht, daß letzteres den morgigen Abend des Benefizianten gerne dazu beistehen wird, um demselben seine verdiente Anerkennung durch ein zahlreich besuchtes Haus erkennen zu lassen. Wie man uns mittheilt, soll die morgige Aufführung der genannten Oper zugleich die letzte in dieser Saison sein, also ein Sporn mehr für alle Musikfreunde, den Abend nicht unbenutzt vorübergehen zu lassen.

— (Die Generalversammlung des Marien-Bruderschaftsvereins) wurde vorgestern vormittags im Magistrate-Saale in Anwesenheit von etwa 120 Mitgliedern abgehalten. Der Vorstand des Vereins, Herr J. N. Horak, begrüßte die Versammlung und konstatierte, daß im verfloßenen Jahre 54 Mitglieder und 17 Kinder von Mitgliedern gestorben, dagegen 82 Mitglieder dem Vereine neu beigetreten sind. Das dem Vereine gehörige Vermögen beträgt mit Schluß des Jahres 1876: 20,461 fl. 16¹/₂ kr., hat sich somit gegen das Vorjahr um 428 fl. 11¹/₂ kr. vermindert. Die Vermögensverminderung hat theilweise im geringen Kursstunde der Obligationen, theils in Neuanschaffungen von Requisiten seinen Grund. Der Verein zählt 426 männliche und 1332 weibliche Mitglieder. — Hierauf trug der Schriftführer Herr Regali den Rechnungsabluß des Vereins pro 1876 vor. Die Einnahmen betrugen demselben zufolge 4568 fl. 40 kr., die Ausgaben 4534 fl. 36¹/₂ kr., es verbleibt somit ein Kasseresi von 34 fl. 4¹/₂ kr. In der hierüber eröffneten Generaldebatte ergriff zunächst Herr Paliz das Wort und erklärte die Kurbsferenz als nicht richtig berechnet, welcher Anschauung Herr Regali widersprach, indem er hervorhob, daß dieselbe nach dem offiziell publizierten Börsenberichte berechnet sei. Herr Marko unterzog die ihm sehr hoch scheinende Remuneration für die Vereinsleitung per 260 fl. und die Unterstützung der armen Mitglieder einer Kritik. Redner meinte, der Verein sei in erster Linie doch ein Humanitätsverein, und empfehle es sich daher, daß der Ausschuss das Vermögen desselben unentgeltlich verwalte. Höchstens den Rechnungsführer solle man für seine Arbeiten entlohnen, nicht aber auch den Vorstand und Kassier. Bezahlt man

Nären lasse. „Doch — sagt er — es ist von Bedeutung, zu erwähnen, daß, so weit die Konferenzverhandlungen in Frage kommen, Rußland in keiner Weise gebunden ist, seiner Ehre durch Erzwingung der Konferenzvorschlüge mit den Waffen genugsam zu thun.“ Lord Salisbury bespricht dann die Politik des „Zwanges“ und beklagt es in sarkastischem Tone, daß auf keine Weise die Opposition vermocht werden könne, zu erklären, was sie denn eigentlich unter diesem „Zwange“ verstehe. Er stellt in Abrede, daß durch Drohungen die Türkei einzuschüchtern gewesen wäre, hofft aber auf ein Besserbestehen der Pforte, da der „Hauptwidersacher der Konferenz“ gestürzt sei. Alle Anstrengungen würden gemacht, um die Türken zum Bewußtsein der ihnen drohenden Gefahr zu erwecken.

Lord Granville tadelt die Konferenzpolitik der Regierung, verspricht ihr aber seine Unterstützung, wenn sie eine Politik für die Zukunft vorschläge, welche den Frieden sichere.

Lord Beaconsfield verteidigt die Regierungspolitik und wirft dem Vorredner vor, daß er 1871, als er im Amte war, die orientalische Frage nicht zu lösen versucht habe. Er fordert die Opposition auf, ein Tadelvotum gegen die Regierung zu beantragen.

Politische Uebersicht.

Laibach, 26. Februar.

Der konfessionelle Ausschuss des österreichischen Abgeordnetenhauses hat, nachdem das Herrenhaus die Ehegesetznovelle abgelehnt hatte, mit 15 gegen zwei Stimmen (Graf Hohenwart und Grocholsti) beschlossen, die Arbeiten wieder aufzunehmen und über neue Vorschläge zur Verbesserung der Ehegesetzgebung zu beraten.

Der dem deutschen Reichstage zunächst zugehende Staatsvoranschlag pro 1878 wird ein nicht unwesentliches Defizit aufweisen. Berliner Blätter berechnen dasselbe mit circa 26 Millionen Mark. Ueber die Art der Bedeckung des Defizits gehen die Meinungen vorläufig auseinander. In parlamentarischen Kreisen scheint man einer Erhöhung der ohnehin hohen Matrikularbeiträge nicht geneigt zu sein. Es wird vielmehr die Idee ventilirt, den Invalidenfonds, indem man ihn auf die Höhe des wirklichen Bedarfs herabsieht, zur Deckung des Ausfalles im Staatshaushalte heranzuziehen, eine Idee, welche indess kaum die Zustimmung der entscheidenden Stellen finden wird. Die Verfechter dieses Vorschlages das nächste Jahr vorhalten würde und daß dann denn doch auf eine Erhöhung der Einnahmen des Reiches im Wege des Steuerwesens gesonnen werden müßte.

Die schon seit längerer Zeit erwarteten Personalveränderungen in den mittleren Graden der französischen Verwaltung sind endlich im „Journal Officiel“ erschienen. Sie erstrecken sich auf alle Departements mit Ausnahme von nur elf, zu welchen letzteren auch die vortements Charente, Indre, Calvados und Eure gehören. Von diesem Umstande abgesehen, werden die neuen Ernennungen und Versetzungen, sowie andererseits die bittischen Besetzungen selbst von der fortgeschrittenen republikanischen Presse, wie zum Beispiel „Le Public“, mit unbedingter Anerkennung aufgenommen.

Das Budget des englischen Kriegsministeriums beläuft sich auf 14,538,700 £., das ist um 742,900 £. weniger als im vorhergehenden Budgetjahre. Der Effectivstand der englischen Armee beträgt 191,981 Mann.

Die Nachricht, daß die Königin Viktoria in diesem Jahre Baden-Baden und Koburg besuchen werde, wird offiziell demittiert.

Einem Petersburger Briefe der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ zufolge ist bei dem russischen Großfürsten Nikolaus von einer Lebensgefahr keine Rede mehr, dagegen könne die Führung einer Armee ihm lebensgefährlich werden, weshalb man noch immer Kandidaten für die Nachfolge nenne. Zwei davon, Kriegsminister Mijutin und Prinz Alexander von Hessen, hätten abgelehnt.

Die rumänische Kammeression wurde bis zum 27. März verlängert. — Der Senat votierte das Comptabilitätsgesetz. — Die Kammer hat die Vorlage zur Abänderung des Wahlgesetzes in Betracht gezogen. Das Gesamtergebnis der Wahlen in Serbien ist nach einem Telegramme des „N. W. Tgl.“ doch für die Regierung günstig. Die liberale Partei, respective das Ministerium Ristić verfügt, nachdem sämmtliche Stupschina-Wahlen bekannt geworden, über ungefähr 300 Stimmen. Die Konservativen haben gegen 103, die Radikalen 12 Stimmen.

Inbetreff Mithad Pascha hört der Peraer Korrespondent der „Allg. Ztg.“, daß in Konstantinopel eine Petition circuliert, die bereits mit 80,000 Unterschriften versehen sein soll und worin der Sultan gebeten wird, den ehemaligen Großvezier zurückzuberufen. Der reichste griechische Banquier, Zarißi, der von früher her mit Sultan Hamid befreundet ist, soll ihm gesagt haben, daß er in drei Minuten das zerstört habe, was Mithad mühsam binnen drei Monaten aufgebaut hatte. Die Regierung scheint jedoch diese im Stillen wirkende Gährung nicht zu beachten. Derselben Quelle zufolge haben die griechischen Banquiers Konstantinopels durch den Telegrafen Mithad Pascha für alle seine Privatbedürfnisse unbedingten Kredit eröffnet.

aber schon den Vorstand, der ohnehin alle Gelder einnimmt und verwahrt, so sei die honorirte Stelle eines Kassiers ganz überflüssig, man erspare daher dem Vereine das bisher hierfür ausgegebene Geld, welches man zur Unterstützung armer Mitglieder besser verwenden könne. Bei allen hiesigen Humanitätsvereinen, welche mitunter auch großes Vermögen besitzen, sowie zum Beispiel beim Handlungs-Krankenvereine mit einem Vermögensstande von circa 35,000 fl., arbeiten alle Functionäre umsonst, warum sollte eben im Marien-Bruderschaftsvereine hierfür gezahlt werden? Bei Vertheilung der Unterstützungen wünscht Arko, es möge die zu vertheilende Summe jährlich von der Generalversammlung votirt und die Betheiligten im Rechenschaftsberichte angeführt werden, damit jedem Mitgliede die Kontrolle ermöglicht sei. Gegen den Antrag Arko's auf unentgeltliche Vereinsverwaltung sprachen Herr Paki und der Vorstand Herr Horak. Letzterer erklärte, der Antrag Arko's widerspreche den Statuten, er könne denselben daher nicht zur Abstimmung bringen.

Der Bericht des Revisionscomitès wurde sodann verlesen, und berichtete Herr Horak einige in dem Berichte enthaltene Bemerkungen bezüglich der Zinsberechnung beim Anstaltsschiffen. Bei der hierauf vorgenommenen Ergänzungswahl wurden über Antrag Horaks die zum Austritte bestimmten, schon lange als Ausschüsse fungierenden Herren: Kaspar Achtschin, Ferdinand Matschek und Franz Draschler per acclamationem wieder gewählt. In den Revisionsausschuß wurden gewählt Journalist Arko, Schriftfeger Arselin und Hausbesitzer Laschiner.

Vorstand Herr Horak beantragte sodann mehrere Statutenänderungen. Bei einer derselben, die bestimmt, daß von nun an nur eheliche Kinder solcher Eltern auf Vereinsstößen beerdigt werden sollen, von denen beide Theile dem Vereine angehören, kam die Angelegenheit Spatzel zur Verhandlung. Die Herren Horak und Regali erklärten sich gegen die Auszahlung des Leichenbetrages, letzterer insbesondere aus dem Grunde, weil die jetzige Frau Spatzel nur als Theresia Drel als Mitglied eingetragen sei. Die Herren Klein und Arko sprachen für die Bezahlung, doch wurde bei der Abstimmung die Nichtauszahlung der Gebühr an Spatzel beschloffen. Der Antrag Horaks, künftighin Kinder statt bis zum 15. nur bis zum 10. Lebensjahre vom Vereine aus unentgeltlich zu bestatten, wurde, nachdem Herr Klein dafür, die Herren Arselin, Regali und Sever dagegen gesprochen, abgelehnt. Schließlich wurde eine Erhöhung der Einschreibgebühr beschloffen. Vorstands-Stellvertreter Herr Stepaiz konstatierte hierauf die nunmehr erzielte Einigung der Vereinsmitglieder und des Ausschusses, indem die Fehler verbessert worden seien und nunmehr vollständige Ordnung herrsche. Er forderte die Mitglieder auf, mit vereinten Kräften für das Wohl des Vereines zu wirken. Dem Vorstande Herrn Horak wurde für seine Thätigkeit der Dank der Versammlung einstimmig votirt und hierauf die Versammlung nach zweistündiger Dauer geschlossen.

(Kontrollversammlung der dauernd Beurlaubten und Reservemänner.) Nach der Anordnung des k. l. Ministeriums für Landesverteidigung vom 23. Dezember 1874 haben die Gemeindevorsteher die in der Gemeinde sich aufhaltenden Umlauber und Reservemänner versammelt auf den Kontrollplatz zu bringen und vorzuführen. Da nun dieser Anordnung nicht allseitig nachgekommen wird und die Umlauber und Reservemänner bei den Kontrollversammlungen noch immer vereinzelt und verspätet eintreffen, so wurde diese Anordnung neuerdings mit dem Beisatze in Erinnerung gebracht, daß in Zukunft gegen die Dawiderhandelnden mit Ordnungsstrafen vorgegangen werden wird.

(Gandelsgartner Dürr.) Vom hiesigen Gandelsgartner Herrn Julius Dürr erschien dieser Tage im Verlage der Ignaz v. Kleinmayr & Fedor Bamberg'schen Buchhandlung in Laibach ein nett ausgestattetes Büchlein im Preise von 1 fl. unter dem Titel: „Anleitung zum Gemüsebau sowie zur Erdbeer- und Champignonzucht. Nebst einem Anhange: Mittel zur Abwehr der Schädlinge unserer Kulturen,“ das gewiß vielen unserer Landwirthe und Gartenzüchter als ein praktisches Hülfsbuch zur Gemüsekultur willkommen sein dürfte. Der durch seine schwunghafte betriebene Gandelsgartnerei hier bestbekannte Herr Verfasser setzte es sich in seinem Werke zur Aufgabe, alles in Bezug auf erfolgreiche Gemüsezuucht zu wissen Nothwendige mitzutheilen. Nach einer die Düngung und weitere Bearbeitung des Bodens, Bewässerung, Ausfaat, Pflanzung und Einwinterung der

Gemüse umfassenden Einleitung geht derselbe zu den einzelnen Gemüse-Arten selbst über. Bei jeder wird alles Wissenswerthe in kurzen Worten mitgetheilt, inbetriff der Lage des zu bebauenden Landes, der Bodenbeschaffenheit, Düngung, Ausfaat, Pflanzweite, Bewässerung und weiteren Behandlung überhaupt, und schließlich werden die vorzüglichsten, für allgemeinen Anbau empfehlenswerthe Arten der einzelnen Gemüse aufgezählt. Bei vielen führt das Buch uns gleichzeitig vortreffliche Abbildungen der verschiedenen Gemüse-Arten vor Augen. Eine sehr eingehende, ebenfalls mit Abbildungen versehene Beschreibung über Erdbeer- und Champignonzucht schließt den ersten Theil des Werkes ab. Der zweite Theil behandelt die Schutz- und Vertilgungsmittel gegen die dem Gartenbau schädlichen Thiere. Der Verfasser legt uns zunächst die Schonung und Fügung derjenigen Thiere warm ans Herz, die als eifrige Vertilger all des schädlichen Gewürms mit Recht von ihm als unsere Freunde bezeichnet werden. Eine lange Reihe von Namen der Schädlinge der Kulturen und die geeignetsten Mittel zu ihrer Vertilgung bilden den Schluß, der zugleich die ernste Mahnung enthält, im eigenen Interesse des Gartenbesizers selbst fleißig Hand anzulegen.

(Schadenfeuer.) Am 20. d. M., um halb 8 Uhr abends, gerieth die Scheune des Grundbesizers Georg Markan in Drehowlje, im politischen Bezirke Krainburg, in Brand, infolge dessen dieses Wirtschaftsgebäude sowie das Wohnhaus des genannten Besizers in Flammen aufgingen. Die abgebrannten Gebäude waren bei der Bank „Slovenija“ um den Betrag von 500 fl. versichert. Die Entstehungsurache des Feuers ist unbekannt.

(„Heimat.“) Die jüngst erschienene Nummer 22 des illustrierten Familienblattes „Die Heimat“ enthält: Die nur einmal lieben. Roman von Moriz Jókai. Autorisierte Uebersetzung aus dem Ungarischen von A. D. (Fortsetzung.) — „Bauern- und Kirchner erschienenen und bei der Münchener Jubel- ausstellung und Philadelphischer Weltausstellung prämierten Prachtwerke: Göthe's „Faust“, mit Illustrationen von Alexander Liegen- mayr und Ornamenten von Rudolf Seitz. — Inferno. Gedicht von Robert Hamerling. — Unter den Tannen. Novelle von F. von Siengel. (Fortsetzung.) — Oesterreichs Thierwelt. Von Dr. Gustav Bäger. Der Wald. — Aus der Verbrecherwelt. Schnapphähne. Von Dr. Ferdinand Ventner. — Aus dem Tagebuche eines Wild- tödters. Von Raoul von Dombrowski. I. Eine Balz-Geschichte. — Vaterländische Städtebilder. Rutenberg in Böhmen. Von Lucian Herbert. (Mit Illustration.) — Literatur. — Aus aller Welt. — Briefkasten.

Öffentlicher Dank.

Ergebenst Gefertigte spricht einem löbl. Sparkasseverein in Laibach für den in der am 19. Februar l. J. abgehaltenen Generalversammlung auf Unterstützung därtiger SchülerInnen großmüthig votierten Betrag von hundert Gulden den wärmsten Dank aus.

Laibach am 26. Februar 1876.

M. Kraschner,
Leiterin der städt. Mädchenschule.

Dankfagung.

Der löbliche Verein der krain. Sparkasse widmete dem hiesigen Arbeiter-Krankenvereine den Betrag von hundert Gulden, für welche namhafte Spende hiemit öffentlich den tiefgefühltesten Dank abstatte:

der Auschuß des Arbeiter-Krankenvereines.

Laibach am 25. Februar 1877.

Neueste Post.

Lemberg, 25. Februar. (N. fr. Pr.) Aus Petersburg wird telegraphirt, daß die dortigen Blätter neuerdings das Gerücht von einer bevorstehenden Dreikaiser-Entrevue in Warschau registrieren. Nach Jassyer Mittheilungen eines hiesigen Blattes wurden in letzter Zeit unter der Mannschaft der russischen Südmaree zahlreiche revolutionäre Broschüren vertheilt, weshalb das Oberkommando eine dreimalige Truppenrevision in jeder Woche angeordnet hat. Die Verkehrsstörung auf den russischen Bahnen ist größtentheils schon behoben.

Petersburg, 25. Februar. Weder in Regierungs- kreisen noch in Bankkreisen ist von gegenwärtig stattfindenden Verhandlungen mit Rothschild oder anderen auswärtigen Bankhäusern über ein zu negociierendes diesseitiges Staatsanlehen etwas bekannt.

Belgrad, 25. Februar. (N. Wr. Tzbl.) Hieher gelangten Berichten zufolge wird die Trabe des Sultans,

welche den Frieden zwischen Serbien und der Pforte verkünden wird, wahrscheinlich schon übermorgen erscheinen.

Belgrad, 25. Februar. (N. Wr. Tzbl.) Die Friedensverhandlungen sind zum Abschluß geführt. Ristić erhielt gestern nachmittags aus Stambul das Friedensinstrument, und wird dasselbe der großen Slupjina zur Ratification vorgelegt.

Belgrad, 25. Februar. (N. Wr. Tzbl.) Dem morgigen Slupjina-Eröffnung wird mit fieberhaftem Interesse und Besorgnis entgegen gesehen. Niemand weiß eigentlich einen positiven Grund zu letzterer, und doch kursieren alle möglichen Gerüchte. Wegen politischer Umtriebe, angeblich gegen die Regierung, sollen Beamte verhaftet worden sein; auch spricht man in eingeweihten Kreisen von der Verhaftung der Advokaten Spajovski und Dobrovojević, sowie des ehemaligen Zeitungsherausgebers Hiletić. Aus denselben Gründen verfügte die Polizeibehörde, daß mit dem heute abgehenden Schiffe sämtliche nicht mehr im aktiven Dienst stehenden Freiwilligen den serbischen Boden verlassen müssen. Das Unterstützungscomitè in Athen übersandte für die serbischen Verwundeten 23,688 Drachmen mit einem Schreiben des Admirals Kanaris an den Metropolit Michael.

Konstantinopel, 25. Februar. (N. Wr. Tzbl.) Gerüchweise verlautet, daß Mehmed Ruschdi Pascha wieder Großvezier werden soll.

Telegraphischer Wechselkurs

vom 26. Februar.

Papier = Rente 62.30. — Silber = Rente 67.30. — Gold = Rente 73.90. — 1860er Staats-Anlehen 109.—. — Bank-Aktien 832.—. — Kredit-Aktien 148.30. — London 124.45. — Silber 113.90. — R. l. Münz = Dukaten 5.93. — Napoleonsd'or 9.96. — 100 Reichsmark 61.15.

Wien, 26. Februar. 2 Uhr nachmittags. (Schlußkurs.) Kreditaktien 148.20, 1860er Lose 109.—, 1864er Lose 135.—, österreichische Rente in Papier 62.25, Staatsbahn 235.50, Nordbahn 180.—, 20-Frankenstücke 9.96, ungarische Kreditaktien 122.—, österreichische Francobank —, österreichische Anglobank 70.50, Lombarden 77.—, Unionbank 51.50, austro-orientalische Bank —, Lloydactien 331.—, austro-ottomanische Bank —, türkische Lose 17.—, Kommunal-Anlehen 94.—, Egyptische —, Goldrente 73.90.

Angekommene Fremde.

Am 26. Februar.

Hotel Stadt Wien. Racl, Grafnig. — Wwinger, Stelost, Hautschel, Schweinburg, Buchler, Rste.; Bauererich, Baumier, Plegler, Albert, Reisende; Dent, Kontrolleur der Nationalbank, und Prager, Forstmann-Adjunkt, Wien. — Ambrosij, Begleitsekretär, Koitich. — Obreska, Jirkuz. — Tamm, Reich, Ingenieursgattin, Vittai. — Fuzatto, Trieste. — Lidl, Sängler, Graz. — Sedz, Def., Untertrain. Mohren. Curini, Trieste.

Theater.

Heute: Slovenische Vorstellung.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Februar	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetern auf 0° C. reducirt	Lufttemperatur nach Celsius	Wind	Richtung des Windes	Witterungs-Verhältnisse
26.	7 U. Mg.	725.49	+ 5.8	W. schwach	bewölkt	0.1
	2 „ N.	724.48	+ 7.0	W. mäßig	trübe	
	9 „ N.	722.04	+ 5.4	SW. schwach	bewölkt	
Trübe, windig, kein Sonnenblick, schwaches Abendroth. Tagesmittel der Wärme + 6.1°, um 5-2° über dem Normalen.						
Verantwortlicher Redacteur: Ottomar Bamberg.						

Dankfagung.

Für die überaus zahlreiche Betheiligung an dem Leichenbegängnisse meines theuren Vaters spreche ich in meinem und meiner Angehörigen Namen den tiefgefühltesten Dank aus.

Laibach, 27. Februar 1877.

Felix Schaschel.

Börsenbericht.

Wien, 24. Februar. (1 Uhr.) Das Geschäft war unbelebt und blieb es bis zum Schluß. Nur die Actie der ungarischen Kreditbank stand in lebhafterem Verkehr und stieg schließlich bedeutend.

	Geld	Ware
Papierrente	62.60	62.90
Silberrente	67.50	67.60
Goldrente	74.15	74.30
Lose, 1839	284.—	285.—
„ 1864	105.75	106.50
„ 1860	109.50	109.75
„ 1860 (Künstel)	118.—	118.25
„ 1864	135.25	135.50
Ung. Prämien-Anl.	70.75	71.—
Kreditb.	161.50	162.—
Rudolf's-L.	13.50	14.—
Prämienanlehen der Stadt Wien	94.—	94.50
Donau-Regulierungs-Lose	108.—	103.25
Domänen-Pfandbriefe	143.50	144.—
Oesterreichische Schatzscheine	99.50	99.70
Ung. Eisenbahn-Anl.	98.—	98.50
Ung. Schatzbons vom J. 1874	96.—	96.50
Anlehen d. Stadtgemeinde Wien in B. B.	95.—	95.50

Grundentlastungs-Obligationen.

Böhmen	100.50	101.50
Niederösterreich	100.75	101.25
Galizien	84.25	84.75

Nachtrag: Um 1 Uhr 30 Minuten notieren: Papierrente 62.65 bis 62.90, Silberrente 67.55 bis 67.70, Goldrente 74.10 bis 74.20, Ung. Kredit 123.50 bis 124.

	Geld	Ware
Siebenbürgen	71.25	71.60
Temeser Banat	72.—	72.40
Ungarn	74.25	74.75

Actien von Banken.

	Geld	Ware
Anglo-östr. Bank	71.20	71.40
Kreditanstalt	149.—	149.10
Depositenbank	127.—	128.—
Kreditanstalt, ungar.	121.40	121.60
Ökonomie-Anstalt	674.—	678.—
Nationalbank	823.—	836.—
Österr. Bankgesellschaft	—	—
Unionbank	51.50	52.—
Verkehrsbank	79.50	80.—
Wiener Bankverein	—	—

Actien von Transport-Unternehmungen.

	Geld	Ware
Alföld-Bahn	95.50	96.—
Donau-Dampfschiff-Gesellschaft	344.—	346.—
Elisabeth-Westbahn	132.—	132.50
Ferdinands-Nordbahn	1800.—	1805.—

	Geld	Ware
Franz-Joseph-Bahn	118.—	118.50
Galizische Karl-Ludwig-Bahn	210.—	210.25
Kaschau-Oderberger Bahn	85.50	86.—
Lemberg-Czernowitzer Bahn	113.50	114.—
Lloyd-Gesellsch.	331.—	333.—
Österr. Nordwestbahn	113.—	113.50
Rudolf's-Bahn	105.25	105.50
Staatsbahn	236.50	237.—
Südbahn	77.50	77.75
Therz-Bahn	159.—	160.—
Ungar.-galiz. Verbindungsbahn	77.50	78.—
Ungarische Nordostbahn	92.—	93.—
Wiener Tramway-Gesellsch.	97.50	98.—

Pfandbriefe.

Öst. Bodenkreditanst. (i. Gold)	105.50	106.—
(i. B. B.)	89.25	89.50
Nationalbank	96.60	96.70
Ung. Bodenkredit-Institut (B. B.)	87.75	88.—

Prioritäts-Obligationen.

Elisabeth-B. l. Em.	90.50	91.—
Ferd.-Nordb. in Silber	105.50	105.90
Franz-Joseph-Bahn	90.—	90.25

	Geld	Ware
Gal. Karl-Ludwig-B., l. Em.	101.50	102.—
Österr. Nordwest-Bahn	90.—	90.25
Siebenbürgen-Bahn	59.75	60.—
Staatsbahn l. Em.	155.50	156.—
Südbahn à 3%	113.25	113.50
5%	94.—	94.25
Südbahn, Bonds	—	—

Devisen.

Auf deutsche Plätze	60.35	60.65
London, kurze Sicht	124.10	124.25
London, lange Sicht	124.35	124.45
Paris	49.30	49.40

Geldsorten.

	Geld	Ware
Dukaten	5 fl. 90 kr.	5 fl. 91 kr.
Napoleonsd'or	9 „ 92 1/2	9 „ 93
Deutsche Reichsbanknoten	60 „ 95	61 „ 60
Silbergulden	113 „ 40	113 „ 60

Krainische Grundentlastungs-Obligationen Privatnotierung: Geld 90.—, Ware 71.25 bis 71.50, Kredit 149.10 bis 149.20, Anglo 71.25 bis 71.50.